



Jugendbeirat, Web 2.0., Wahlen ab 16 Kinderrechte-Fachtagung 2012: Bewährte und neue Formen der Partizipation

Unter dem Motto „Beteiligung von A – Z“ fand am 14. März die diesjährige Kinderrechte-Fachtagung statt. Etwa 100 pädagogische Fachkräfte und Multiplikatoren vorwiegend aus dem Bereich der Jugendhilfe waren der Einladung des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen in Kooperation mit dem Landesjugendamt gefolgt.

Auf!takt

In ihren bewegenden Songs zum „Auf!takt“ wie auch im anschließenden Gespräch mit der Moderatorin Birgit Zeller machten die beiden Protagonisten Erik Tachtler und Maik Haiser von „Labora Records“ deutlich, wo Jugendlichen der Schuh drückt. Ministerin Irene Alt griff die in den Liedern angesprochenen Themen, Wünsche und Probleme in ihrer Begrüßung auf. Sie betonte, dass das Recht auf Teilhabe von Kindern und Jugendlichen nach Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention in RLP einen hohen Stellenwert hat und sich alle Ebenen von Politik und Verwaltung als Anwälte der Kinderrechte verstehen müssen. „In einer kinder- und jugendfreundlichen Gesellschaft, die ihre Demokratie auf starke Füße stellt, ist die Weiterentwicklung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein zentrales Anliegen.“

Bewährtes schätzen und ausbauen

Vier Modelle zur Partizipation wurden am Vormittag vorgestellt, die meisten bereits bewährte und nachhaltige Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Wolfgang Stiren stellte die Angebote des Jugendamtes Mainz zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vor; von der Gestaltung der Spielflächen, Freizeitaktivitäten bis zu den verschiedenen Ansätzen des Dialogs mit der Politik. Sonja Jensen begeisterte die Zuhörer für den Jugendbeirat der Stadt Neuwied. Das länderübergreifend vorbildliche Projekt ist ein gelungener Mix aus Basisarbeit an den Schulen, Betreuung und Qualifizierung der gewählten Jugendvertreter, Lobbyarbeit in Politik und Gesellschaft und erfolgreich umgesetzten Vorhaben wie Jugendzentrum und Skatepark. Dass auch unter schwierigen Bedingungen wie Heimerziehung Beteiligung möglich ist, zeigte Wolf Rüdiger Pfalz am Beispiel der „Grundrechte in Jugendhilfeeinrichtungen“: Vertreterinnen und Vertreter der Heimparlamente der vier Jugendhilfeeinrichtungen der „Rheinischen Gesellschaft für Innere Mission und Hilfswerk GmbH“ versuchen diese Rechte seit 2006 im Heimalltag lebendig zu machen und durch ständige Feedback-Verfahren zu verbessern. Neue Formen des politisch-kulturellen Protestes aus der ökologischen Jugendbewegung (Silent Climate Parade, Flash Mob, Power Shift) präsentierten Marilena Häring (BUND) und Lauren Wildberg, beide im Freiwilligen Ökologischen Jahr. Formen des Selbstaudrucks, der Freude, des Neugierig-Machens und öffentlich Auffallen-Wollens werden hier mit wichtigen politischen Anliegen wie dem Klimawandel kombiniert.

Neue Beteiligungsformen integrieren: Online - Offline

Bei der Frage, wie neue Formen der Jugendkultur in die politische Willensbildung einbezogen werden, spielt die E-Partizipation eine wichtige Rolle. Daniel Poli von der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit (IJAB) stützte sein leidenschaftliches Plädoyer für Online-Partizipation auf die UN-Kinderrechtskonvention (Art. 13, Recht auf altersgemäße Information), die Ergebnisse repräsentativer Umfragen und einem neuen Kommunikationsverständnis bei Jugendliche: Diese trennen nicht zwischen real und virtuell, für sie sei die Online-Wirklichkeit „ein verlängerter Schulhof“. Web 2.0. ermögliche eine jugendgemäße, nicht hierarchische peer-to-peer-Kommunikation. Wenn Politik auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen zugehen will, muss sie diese kulturellen Veränderungen wahrnehmen und berücksichtigen.

Politische Institutionen, besonders auf lokaler Ebene, sollten die Möglichkeiten eines Dialogs mit den Jugendlichen nutzen, ebenso die Kinder- und Jugendparlamente. Beispielhaft wie auch sonst in der Schul- und Jugendpolitik sei hier Finnland mit seinem vielfältigen jugendgemäßen Off- und Online-Angeboten.

Geplant – verzahnt: Das Jugendforum

Am Beispiel des Jugendforums Rheinland-Pfalz stellten Sigrid Meinhold-Henschel und Ina Bömelburg (Bertelmann-Stiftung) ein gemeinsames Projekt der Staatskanzlei und der Bertelmann-Stiftung unter Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten vor. Dabei sollen Formen von Online- und Offline-Jugendbeteiligung eng verzahnt werden. Über ein Online-Angebot können sich viele Jugendliche aus unterschiedlichen Bereichen an der Diskussion beteiligen. Diese soll von eigens dazu qualifizierten jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren moderiert werden. Aus den Impulsen der Zivilgesellschaft soll ein neuer dialogischer Politik-Stil entwickelt werden. Im Mittelpunkt stehen Themen aus der Alltagswirklichkeit der Jugendlichen. Diese sollen zuerst online ermittelt, gebündelt und priorisiert werden. Im darauf basierten Dialog von Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern sollen die Ergebnisse in politische Entscheidungsprozesse eingebracht und dort ernsthaft behandelt werden. Unter dem Motto „liken, teilen, was bewegen“ werden aktuell die Moderatoren gesucht, die als Peers später auch eine Jugendkonferenz am 21./22.9. gestalten. Das Projekt wird beim Landesdemokratietag RLP am 14.11. im Landtag vorgestellt.

Anregungen aus der anschließenden Podiumsdiskussion mit Daniel Poli, Albert Treber (Landesfilmdienst) und Susanne Wingertszahn (Landesjugendring) sollen bei der Gestaltung des Jugendforums und in die Auswahl der Moderatoren einfließen. Die Teilnehmer regten vor allem eine enge Kooperation mit den Einrichtungen der Jugendhilfe bei der Auswahl der Moderatoren und den Veranstaltungen vor Ort an.

Fit für Wahlen ab 16!?

Angesichts der Diskussion um Wahlen ab 16 in Rheinland-Pfalz war der Vortrag von Dr. Michael Schwarz vom Landesjugendamt Bremen sowohl eine wichtige Information als auch eine Inspiration. In Bremen können Jugendliche ab 16 bei den Kommunalwahlen und seit 2011 auch bei den Landtagswahlen teilnehmen. Vorausgegangen war der Wahlrechtsänderung ein Volksbegehren, an dem sich 70.000 Bürgerinnen und Bürger (bei einer Einwohnerzahl von 640.000) beteiligt hatten. Für Michael Schwarz war klar: Wahlen ab 16 müssen gut eingebettet sein in eine demokratische Kultur mit vielen Gelegenheiten zum Erwerb demokratischer Kompetenzen. Die Erfahrung von Demokratie als Lebensform muss mit dem politischen Unterricht und dem Wissen über Demokratie sowie politischer Teilhabe kombiniert werden. Unter dem Titel „Demokratie macht Schule“ gab es zur Landtagswahl 2011 in Bremen eine Fülle von Angeboten für die Schulen: Unterrichtsmodule zur Wahl, Projektstage, Fortbildungen, etc. Die Einbeziehung und Mobilisierung der Schulen waren wichtige Gelingensfaktoren. So haben sich Bremens Schülerinnen und Schüler engagiert an der Auszählung der Stimmen beteiligt. Die kreative „Werder-Wette“ mit dem Fußballverein Werder Bremen über die Höhe der Wahlbeteiligung der 16-17jährigen war ein Medienhighlight und verschaffte der Kampagne für die Wahl ab 16 viel Öffentlichkeit. Das Wahlverhalten der 16 bis 17-Jährigen unterschied sich im Ergebnis deutlich von denen der älteren Wählergruppen. Vor allem Grüne, Piraten und andere Parteien erhielten deutlich mehr Stimmen als im Durchschnitt. Ein Wermutstropfen: Auch der Anteil rechtsextremer Parteien wie der NPD war höher als der Durchschnitt. Das ist ein starkes Argument dafür, Wahlen ab 16 in ein Bildungskonzept für Kinderrechte und Demokratie von Anfang an zu integrieren und eine kindergerechte demokratische Kultur in Kitas, Schulen, Kommunen und im Land zu schaffen.

In der anschließenden Diskussion mit Thomas Muth (Jugendamt Koblenz), Pia Schellhammer (Enquete-Kommission des Landtags RLP), Gernot Stiwitz (MBWWK), Susanne Wingertszahn (LJR) und Teilnehmerinnen ging es darum, wie die Chance einer Wahl ab 16 für die Weiterentwicklung der

Demokratie auf allen Ebenen genutzt werden kann. Schulen haben hier eine besondere Verantwortung und vor allem die Lehrkräfte brauchen Übersichtswissen, Beratung und Qualifizierung.

A.C.I.M. - Abnormal, Crazy, Inimitable, Monkeys

Wie der Anfang, so das Ende: Mit ihrem fulminanten Auftritt begeisterte die Gruppe A.C.I.M. die Teilnehmer. Entstanden aus einem sozialen Projekt der Mainzer Neustadt sind die jugendlichen Hip-Hop-Tänzerinnen mittlerweile im Rahmen einer Tanzschule bei vielen Turnieren und Auftritten unterwegs. Die kulturelle Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat somit nicht nur ein professionelles Tänzer-Team hervorgebracht, sondern sich auch positiv auf das Selbstbewusstsein und den schulischen Erfolg der Jugendlichen ausgewirkt. Best-Practice im besten Sinne!

Fazit: Eine gelungene Veranstaltung

Insgesamt war die Fachtagung ein gelungener Versuch, Bewährtes aus der Kinder- und Jugendpartizipation mit neuen Ansätzen zu verbinden. Besonders das Thema Wahlen mit 16 macht deutlich, dass wir einen ganzheitlichen Ansatz brauchen, der Demokratiepädagogik, politische Bildung und gesellschaftliche und politische Teilhabe integriert. Demokratie und Kinderrechte müssen gelernt *und* gelebt werden, in der Familie, in Kitas, Schulen, in außerschulischen Angeboten und in der Politik. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn alle demokratischen Kräfte in RLP zusammenarbeiten. Der Landesdemokratietag Rheinland-Pfalz könnte ein geeignetes Forum für schulische und außerschulische Akteure aus Institutionen und der Zivilgesellschaft sein – für die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer Demokratie. Denn: Demokratie braucht Kinder und Jugendliche. Und Kinder und Jugendliche brauchen Demokratie.

Sonja Student

Vorsitzende des Vereins MAKISTA und Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Demokratie und der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderechtskonvention